



Tischvorlage Anette Diehl und Astrid Rund (LAG der Frauennotrufe RLP) zur Sitzung des Landesweiten Runden Tisches innerhalb von RIGG Montag, 29. Januar 2018

„Geflüchtete Frauen und (Sexualisierte) Gewalt“ - Arbeitsinhalte der Frauennotrufe 2018

Die rheinland-pfälzischen Frauennotrufe bieten als Fachstellen zum Thema Sexualisierte Gewalt seit fast vier Jahrzehnten gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen, ihren Angehörigen und Fachkräften Unterstützung an – auch geflüchteten Frauen und deren Angehörigen.

Das Thema Flucht ist kein neues Thema für die Frauennotrufe. Deutschland nahm in der Zeit zwischen 1991 und 1995 die meisten Bürgerkriegsflüchtlinge aus den Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens auf. Auch damals war es zu Massen-Vergewaltigungen gekommen und die Frauennotrufe hatten sich für die Unterstützung der geflüchteten Frauen eingesetzt.

Laut dem Abschlussbericht der Studie, die im Auftrag der Beauftragten für Migration erstellt wurde (Repräsentative Untersuchung von geflüchteten Frauen in unterschiedlichen Bundesländern in Deutschland)¹, sind aktuell weltweit über 63,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Davon gelangen nur 6 % nach Europa. Nach Rheinland-Pfalz kamen im Jahr 2015 fast 53.000 Geflüchtete, in den folgenden Jahren war die Zahl der neu aufgenommenen Geflüchteten geringer.

Ein Drittel der Geflüchteten, die nach Deutschland kommen, sind Mädchen und Frauen.

„Ihre Erfahrungen und Bedürfnisse unterscheiden sich vielfach von denen der Männer. Beispiele für solche Unterschiede sind geschlechtsspezifische Traumatisierungen, die Verantwortung für mitreisende Kinder oder ein traditionelles Rollenverständnis. Diese Faktoren können die Mobilität, die Teilnahme an Bildungsangeboten sowie den Zugang zu Angeboten der medizinischen und psychosozialen Versorgung einschränken. Auch in den Unterkünften sind Mädchen und Frauen oftmals höheren Stressfaktoren ausgesetzt“ (ebd.).

Im Mittelpunkt stand deshalb am Anfang die Sensibilisierung des Fachpersonals für diese Bedarfe. Die 2016 unter Förderung des MFFJIV eingerichteten Vernetzungsstellen Flucht der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe konzipierten gemeinsam mit den Vernetzungsstellen der Frauenhäuser und Interventionsstellen zeitnah Fortbildungen für die Mitarbeitenden der Erstaufnahmeeinrichtungen und führten diese in allen Einrichtungen in RLP gemeinsam durch. Weiterhin wurden Standards und Handlungsempfehlungen zum Gewaltschutz geflüchteter Frauen erarbeitet und Vorträge entwickelt, um für das Thema Geschlechtsspezifische Gewalt zu sensibilisieren.

Im nächsten Schritt nahm die LAG der Frauennotrufe neben dem Schwerpunkt Sexualisierte Gewalt in engen sozialen Beziehungen (GesB) das Thema **„Sexualisierte Grenzverletzungen, Übergriffe und Gewalt im Zusammenhang mit Flucht“** stärker in den Fokus. Diese Spezialisierung ist notwendig, um

¹ PD Dr. Meryam Schouler-Ocak und Dr. Christine Kurmeyer, 2017: Abschlussbericht. Repräsentative Untersuchung von geflüchteten Frauen in unterschiedlichen Bundesländern in Deutschland

dem großen Themenspektrum (Sexualisierte Übergriffe vor, während und nach der Flucht, Genitalverstümmelung, etc.) besser gerecht zu werden.

Nach ihrer Ankunft in Deutschland müssen Betroffene ihre belastenden Erlebnisse verarbeiten können, um nicht dauerhaft daran zu erkranken. Eine entscheidende Voraussetzung hierzu ist, dass sie sich in ihrem neuen Lebensumfeld sicher fühlen können.

Um für die besondere Situation geflüchteter Frauen und Mädchen, über innere und äußere Sicherheit im Kontext Sexualisierter Gewalterfahrungen zu sensibilisieren, sind weiterhin Schulungen und Beratung verschiedener Berufsgruppen zum Thema Sexualisierte Gewalt im Zusammenhang mit Flucht unabdingbar: PädagogInnen, ÄrztInnen, Hebammen, MitarbeiterInnen des Jugend- und Sozialamts, PolizistInnen, und insbesondere EntscheiderInnen und ÜbersetzerInnen. Aber auch für die zahlreichen ehrenamtlichen UnterstützerInnen werden Vorträge und Workshops angeboten, um sie für das Thema Sexualisierte Gewalterfahrungen und Umgang mit betroffenen Frauen zu sensibilisieren, zu schulen und über weiterführende Hilfsangebote der Frauennotrufe zu informieren. Dies ist umso wichtiger, weil betroffene geflüchtete Frauen oft die Hilfe professioneller oder ehrenamtlicher Bezugspersonen benötigen um den Weg in die Fachstellen zum Thema Sexualisierte Gewalt zu finden:

- Sexualisierte Gewalt ist schambesetzt und nach wie vor ein großes Tabuthema - auch in Deutschland. Über die oft „unsichtbaren“ sexualisierten Gewalterfahrungen wie Vergewaltigungen, Genitalverstümmelungen, Zwangsheirat zu sprechen ist schwer.
- Themen wie äußere Sicherheit, Aufenthaltsstatus, Absicherung etc. müssen geklärt sein, bevor eine Beschäftigung mit der erlebten Gewalt stattfinden kann.
- Spezielle Angebote wie Besuche und Veranstaltungen in der Einrichtung, spezielle Selbstbehauptungskurse etc. schaffen den Kontakt zu den Frauennotrufen.

„In Deutschland wünschen sich die geflüchteten Frauen insbesondere Stabilität und Sicherheit. Sie sind bestrebt, sich sprachlich und beruflich zu integrieren. Aber sie benötigen gerade bei der psychosozialen Betreuung eine umfassendere Unterstützung. Viele der traumatisierten Frauen konnten bislang keine professionelle Hilfe in Anspruch nehmen und sind noch nicht in der Lage, ohne Sprachmittlung behandelt zu werden“ (ebd.).

Ausblick:

Die Frauennotrufe werden das Thema sexualisierte Gewalt im Zusammenhang mit Fluchterfahrungen und die damit verbundenen Bedarfen von Frauen mit Fluchthintergrund weiter intensivieren. Ein Schwerpunkt ist dabei auch für die Anerkennung der erlebten Sexualisierten Gewalt im Herkunftsland als Asylgrund zu kämpfen. Frauen müssen möglichst frühzeitig darüber informiert werden, dass Sexualisierte Gewalt und andere frauenspezifische Verfolgung Asylgründe sind. Sie brauchen Wissen über die Rechtslage, über Hilfsangebote und medizinische Fakten und z.B. darüber, dass sie ein Recht auf weibliche *und speziell geschulte* Anhörerinne(n) und Übersetzerinnen haben.

Aber auch sexualisierte Übergriffe und Gewalt auf der Flucht und in Deutschland sowie die Frage zu Angeboten, mit denen wir geflüchtete Frauen in verschiedenen Lebenssituation besser erreichen können, wird Thema in den Frauennotrufen sein.

Des Weiteren belastet die Arbeit zum Thema nicht nur Ehrenamtliche sondern auch hauptamtliche MitarbeiterInnen im Hilfesystem. Die Anfragen nach kollegialer Supervision, Fortbildungen und Vorträgen z.Th. Sexualisierte Gewalt im Zusammenhang mit Fluchterfahrung häufen sich.

Nachfolgende Angebote müssen daher ausgebaut und weitergeführt werden:

- Unterstützungsangebote zum Umgang und zur Entlastung für Bezugspersonen wie MitarbeiterInnen in Flüchtlingsunterkünften, Ehrenamtliche in der Fluchthilfe, Familienangehörige etc. und Fortbildungen und Vorträgen zu den unterschiedlichen Themen
- Fortbildung von DolmetscherInnen und SprachmittlerInnen
- „Geh-Struktur“ (z.B. spezielle Angebote in Treffpunkten für Geflüchtete)

- Unterstützungsangebote für betroffene geflüchtete Frauen

Gemeinschaftsunterkünfte in den Kommunen liegen in der Regel in Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden. Ihnen obliegt die Umsetzung der Maßnahmen zum Gewaltschutz. Dennoch sind die Kommunen als AuftraggeberInnen weiterhin in der Pflicht, auf die Umsetzung der Standards hinzuwirken und die Einhaltung entsprechend zu überprüfen.

Aus diesem Grund stellen die Frauennotrufe aktuell in einer Abfrage an die Kommunen folgende Fragen:

- Gibt es für die Kommune ein kommunales Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte?
- Wie und durch wen wird die Umsetzung der Maßnahmen zum Gewaltschutz überprüft?
- Welche räumlichen und personellen Standards werden erfüllt?
- Wie werden Probleme und / oder Missstände erkannt und behoben?

Ein zusätzlicher wichtiger Punkt: Das politische Klima erfordert weiterhin eine differenzierte Auseinandersetzung mit Themen wie Rassismus, Kultursensibilität etc. Insbesondere die Instrumentalisierung des Themas Sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen für rassistische Ressentiments durch rechte PopulistInnen erfordert eine klare, öffentliche, gut abgestimmte (und immer wieder zeitnahe) Positionierung der Fachfrauen.

Grundsätzlich müssen in der Zukunft „Parallel-Strukturen“ vermieden werden: Bundesweite Programme wie die UNICEF-Stellen fügen sich nur schwer in die Länder- bzw. Kommunalen Strukturen ein. Der Kontakt und die Zusammenarbeit zwischen Flüchtlingseinrichtungen, Psycho-Trauma-Zentren etc. muss in Arbeitsgruppen institutionalisiert werden. Vernetzung und Kooperation auf kommunaler, Landes- und Bundes-Ebene bleibt somit weiterhin ein wichtiger Faktor. Nur so können Strategien zur Optimierung von Angebotsstrukturen und zur Erzeugung von Synergieeffekten gefunden werden.